

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article

Kurz kommentiert: Kohlesubventionen - Metallindustrie - Bundesanstalt für Arbeit - GATT - OPEC

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1993) : Kurz kommentiert: Kohlesubventionen - Metallindustrie - Bundesanstalt für Arbeit - GATT - OPEC, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 10, pp. 505-506

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/137051>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kohlesubventionen Heftiger Widerstand

Ende September hat die Bundesregierung ihre Absicht bekräftigt, noch in diesem Jahr eine Anschlußregelung für den 1995 auslaufenden „Jahrhundertvertrag“ vorzulegen, in dem sich die deutschen Stromerzeuger zur Abnahme großer Mengen heimischer Steinkohle verpflichtet haben. In der sogenannten Kohlerunde im November 1991 war das Ziel vorgegeben worden, im Jahr 2000 noch 35 Mill. t heimische Steinkohle – gegenwärtig sind es jährlich 41 Mill. t – zur Erzeugung von Strom einzusetzen. Die EG-Kommission mahnt andererseits seit langem den Abbau der hohen Kohlesubventionen an, die für den Einsatz des teuren Energieträgers gewährt werden.

Zwar ist es nach dem kürzlich von der Regierung vorgelegten Standortpapier eine Aufgabe der Energiepolitik, die Subventionen für den Bergbau mit dem Ziel zu überprüfen, die öffentlichen Haushalte und die Verbraucher zu entlasten. Aber es ist offensichtlich, daß das Mengenziel nicht zu halten wäre, wenn das Subventionsvolumen auf mittlere Sicht spürbar verringert würde. Wegen der Folgen für die Beschäftigten in den Kohleregionen haben daher diese Überlegungen bereits jetzt heftigen Widerstand ausgelöst.

Ob die Bundesregierung die Kraft zu einer grundlegenden Korrektur der Kohlepolitik findet, ist unter diesen Umständen zweifelhaft. Angesichts des bevorstehenden Wahlkampfjahres ist eher damit zu rechnen, daß der ökonomisch fragwürdige Weg eingeschlagen wird, zur Finanzierung des Einsatzes heimischer Kohle eine allgemeine Energiesteuer einzuführen. Damit würde die Sonderbelastung der deutschen Energieverbraucher festgeschrieben. Voraussetzung für eine derartige Fortsetzung der Subventionen wäre die – bislang allerdings nie verwehrt – Zustimmung Brüssels. ma

Metallindustrie Friedenspflicht nutzen

Völlig überraschend hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall sämtliche Tarifverträge zum Jahresende gekündigt. Ungewöhnlich ist dieser Schritt nicht nur insofern, als die Arbeitgeberseite zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte einen Tarifvertrag kündigte, ungewöhnlich ist auch die Kündigung der Ur-

laubstarifverträge. Während die Arbeitgeberseite ihr Verhalten mit der dramatischen Lage in der Metallindustrie und mit der Notwendigkeit begründete, angesichts der Kostenentwicklung die Notbremse zu ziehen, sehen es die Gewerkschaften als Kampfansage in einer Zeit an, in der die Arbeitnehmer schon anderweitig zur Kasse gebeten werden. Die Kündigung der Tarifverträge durch den Arbeitgeberverband weist eindeutig darauf hin, daß in der anstehenden Tarifrunde über den Urlaub und die Urlaubsvergütung verhandelt werden soll, denn die Lohn- und Gehaltstarifverträge hätten die Gewerkschaften mit Sicherheit selbst gekündigt.

Unbestritten ist die Lage in der Metallindustrie äußerst angespannt. Produktionsrückgänge, steigende Kosten und fehlende Aufträge haben bereits zu einem drastischen Arbeitsplatzabbau geführt. Der Arbeitgeberverband hat zudem mit der Kündigung der Tarifverträge dem Druck der Unternehmen nachgegeben, die damit drohten, Betriebsvereinbarungen mit ihren Betriebsräten außerhalb tariflicher Vereinbarungen abzuschließen. Die Einbeziehung der Urlaubsregelungen hängt mit der Ankündigung der Gewerkschaften zusammen, eine Nullrunde werde es mit ihnen nicht geben. Die Durchsetzung dieses Ziels haben die Arbeitgeber wohl auch abgeschrieben. Sie versuchen nun, durch Kürzungen bei Urlaub und Urlaubsvergütung auf ein Ergebnis zu kommen, das unter dem Strich die Nullrunde bedeutet. Angesichts der bedrängten Situation der Arbeitgeber, aber auch der schwierigen Lage der Arbeitnehmer, die ebenfalls ständig neuen finanziellen Belastungen ausgesetzt sind, sollten beide Seiten daran interessiert sein, nicht einfach harte Auseinandersetzungen zu führen, sondern gemeinsam über Auswege nachzudenken und vor Tabuthemen nicht zurückzuschrecken. Dafür sollte die Zeit der Friedenspflicht genutzt werden.dw

Bundesanstalt für Arbeit Schwierige Situation

Für das laufende Haushaltsjahr muß Bundesfinanzminister Waigel etwa 10 Mrd. DM zusätzlich an die Bundesanstalt für Arbeit überweisen. Höhere Ausgaben für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Altersübergangsgeld sind die wesentlichen Ursachen dafür. Auch der Haushalt 1994 der Bundesanstalt für Arbeit läßt höhere Bundeszuschüsse erwarten als im Entwurf vorgesehen. Nach neuesten Angaben wird die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben im

nächsten Jahr bei 23 Mrd. DM liegen. Aus eigener Kraft hofft die Bundesanstalt für Arbeit, Einsparungen von gut 9 Mrd. DM vornehmen zu können. Ob dies allerdings gelingen wird, ist fraglich, denn mit steigender Arbeitslosigkeit werden auch verstärkt Arbeitskräfte mit höheren Qualifikationen von Arbeitslosigkeit betroffen, die entsprechend teurer für die Bundesanstalt sind. So wird für 1994 immerhin schon von einem durchschnittlichen Arbeitslosengeld von 2000 DM statt 1 874 DM im laufenden Jahr ausgegangen.

Damit engt sich der Spielraum für die Arbeitsmarktpolitik ein, und dies in einer Zeit, in der gerade arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefordert sind, die die Qualifikation der Arbeitslosen aufrechterhalten bzw. verbessern, damit sich das Problem der Dauerarbeitslosigkeit nicht weiter verschärft. In dieser schwierigen Situation sind im Rahmen der vorhandenen Mittel neue Vorschläge zu erarbeiten, die den Arbeitsmarktproblemen gerecht werden. In Nordrhein-Westfalen wird ein nachahmenswerter Weg erprobt: Von Arbeitslosigkeit bedrohten Industriearbeitern werden befristete Arbeitsverträge in Handwerksbetrieben vermittelt. wb

GATT

Sonderregelung für Flugzeugbauer?

Trotz des im Sommer vorigen Jahres zwischen den USA und der EG abgeschlossenen Abkommens über die Begrenzung der Subventionen im zivilen Flugzeugbau flammt die Diskussion über dieses leidige Thema angesichts des durch die Krise der Luftverkehrsunternehmen verursachten Nachfragerückgangs nach Verkehrsflugzeugen erneut auf.

Als Reaktion auf die von den Amerikanern bei den laufenden GATT-Verhandlungen gestellte Forderung, die Höhe der direkten staatlichen Förderung für die Entwicklung von Flugzeugen mit mehr als 100 Sitzen statt auf die vereinbarten 33% auf 20% der Gesamtkosten zu senken, haben die drei führenden europäischen Flugzeughersteller, Deutsche Aerospace, British Aerospace und Aerospatiale, gefordert, im Rahmen des GATT Sondervereinbarungen für die Flugzeugbauindustrie zu treffen, die eine weitere Subventionierung der Branche in der bisherigen Höhe zulassen. Zur Begründung wird angeführt, daß bei einem weiteren Abbau der direkten Subventionen angesichts der indirekten Subventionierung der amerikanischen Flugzeughersteller über Raumfahrt- und Rüstungsprojekte die europäischen Unternehmen einer existentiellen Gefährdung ausgesetzt würden.

Abgesehen davon, daß auch die europäischen Luft- und Raumfahrtunternehmen von militärischen Aufträgen und Entwicklungen profitieren, sollte es eigentlich Aufgabe des GATT sein, Zölle und Handelshemmnisse, zu denen auch die nationalen Subventionen zählen, im Interesse eines die Wohlfahrt aller beteiligten Länder steigernden freien Welthandels zumindest zu verringern, nach Möglichkeit aber ganz zu beseitigen. Die Einführung von Sonderregelungen für einzelne Wirtschaftsbereiche führt jedoch dazu, daß Handelshemmnisse, die eigentlich abgebaut werden sollten, zementiert werden, und birgt die Gefahr in sich, daß immer mehr Sektoren, die sich benachteiligt fühlen, derartige Regelungen für sich durchzusetzen versuchen. wei

OPEC

Neue Produktionsdisziplin?

Wieder einmal hat die OPEC beschlossen, die Ölförderung zu begrenzen, um dem Preisverfall auf den Weltmärkten entgegenzuwirken; vor dem Zusammentreffen der Ölminister hatte der Referenzpreis bereits um fünf Dollar unter dem angestrebten Niveau von 21 Dollar für ein Barrel Rohöl gelegen. Die Nachricht von der Einigung auf neue Förderquoten für das nächste halbe Jahr ließ die Notierungen an den Spotmärkten vor allem deshalb um einen Dollar anziehen, weil die Ölminister ihre Entscheidung – anders als bei den vorhergehenden Treffen – einvernehmlich trafen. So konnte Kuwait in die Vereinbarung eingebunden werden, und das wichtigste Förderland, Saudi-Arabien, versprach Zurückhaltung bei seiner Produktion. Dies stützte an den Ölmärkten die Einschätzung, daß die OPEC-Länder ihre Beschlüsse diesmal auch umsetzen würden und dann die saisonale Zunahme des Ölverbrauchs zu einer Verringerung des Angebotsdrucks führen werde.

Die Erwartung einer neuen Produktionsdisziplin mag auch darauf zurückzuführen sein, daß die gemeinsame Förderung der OPEC im September nur wenig über die vereinbarte Menge hinausging. Bei strikter Produktionsbegrenzung könnten die Notierungen in nächster Zeit aufgrund des saisonal bedingten Nachfrageanstiegs weiter anziehen. Daß sich daraus eine nachhaltige Erhöhung des Ölpreisniveaus ergibt, ist allerdings wenig wahrscheinlich, denn die Weltnachfrage wird bei der sich abzeichnenden verhaltenen Belebung der Weltkonjunktur nur wenig zunehmen. Überdies läßt das Schicksal früherer Absprachen über Fördermengen Zweifel daran aufkommen, daß die jüngste Vereinbarung bei wieder steigenden Preisen lange Bestand haben wird. km